

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

272 (23.11.1931)

Volkstreuend

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE SOZIALBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getippte Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Gelegenheitsanzeigen und Stellengelände 6 Pfennig. Die Reklamemillimeterzeile 40 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, bei der Nichterfüllung des Zeitungsplanes, bei gerichtlichem Streit und bei Konkurs außer Kraft tritt. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Karlsruhe i. B. o. Späth der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags

Untere wöchentlichen Beilagen: Primat und Wandel, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Aufseher / Sport und Spiel / Die Welt der

Abonnementpreise monatlich 2.20 Mark • Ohne Zustellung 1.90 Mark • Durch die Post 2.40 Mark • Einzelverkauf 10 Pfennig • Erscheint 6mal wöchentlich • 11 Uhr • Postfach 2550 Karlsruhe • Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe i. B., Waldstraße 28 • Fernruf 7020 und 7021 • Postfach 2550 • Druck: Hauptstraße 9; B.-Baden, Jagdhausstraße 12; Kaffee, Rosenstraße • Offenbach, Republikstraße 8

Nummer 272

Karlsruhe, Montag, den 23. November 1931

51. Jahrgang

Kaseler Sondertagung am 7. Dezember

Der Stein der Schuldenfrage im Rollen

Im deutschen Antrag auf Einberufung des im Vonnplan vorgesehenen Sonderauschusses der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich wird die Forderung mit der gesamten Entwicklung der letzten Zeit begründet und an das Hoover-Memorandum, an die Londoner Juli-Konferenz der Ministerpräsidenten und an die Kaseler Stillhalterverhandlungen erinnert. In Fortsetzung dieser Aktionen, die sich als ungenügend erwiesen haben, um Deutschland wirtschaftliche und finanzielle Lage zu stabilisieren, wird nun die Einberufung des Sonderauschusses beantragt. Dieser Ausschuss soll zwar nach dem Vonnplan nur für die Auslegung der Zahlung von geschuldeten (aufschreibbaren) Annuitäten zuständig sein, aber das deutsche Memorandum erklärt ausdrücklich, daß nach ihrer Auffassung diese Einberufung „der Sachlage nicht gerecht wird“, da seit der Haager Konferenz, die wirtschaftliche und finanzielle Lage in der Welt und insbesondere in Deutschland durch eine Krise ohne Gleichen von Grund auf geändert worden“ ist.

Es handelt sich hier, wie von zuständiger Stelle betont wird, um eine einseitige Erklärung Deutschlands. Aber sie ist zum mindesten mit dem stillschweigenden Einverständnis Frankreichs erfolgt, wie ja überhaupt das Memorandum erst überreicht wurde, als der französische Ministerpräsident seine Zustimmung zu dem vorgeschlagenen und eingehend diskutierten Wortlaut erteilt hatte. Das gleiche gilt für die weitere Erklärung des deutschen Antrages, daß der Sonderauschuss das Problem „in seiner Gesamtheit und unter Berücksichtigung aller seiner Faktoren“, einschließlich der privaten Verschuldung Deutschlands zu prüfen haben wird.

Der Reichsbankpräsident hat gemäß Ziffern 127, 128 und 129 des Vonnplans Herrn Karl Melchior, Hamburg, zum Mitglied des Beratenden Sonderauschusses ernannt. Wie die Schweizerische Devisenagentur erfährt, wird der Beratende Sonderauschuss der B.Z.G., dessen Einberufung von der deutschen Regierung verlangt wurde, am 7. Dezember in Basel am Sitz der Bank zusammenzutreten. In Washington am 11. November berichtete große Vertriebsorgane darüber, daß die deutsche Regierung durch ihre Note an die B.Z.G. den Stein nunmehr ins Rollen gebracht habe. Als besonders ermutigendes Zeichen weist man hier auf die restriktive Forderung des Markfurles hin. Diese Kursbeschränkung sei gleichzeitig eine Verstärkung der seit dem Lausanne-Besuch geübten Erwartung, daß, wenn Deutschland und Frankreich sich über die Finanzmaßnahme der Revision der Reparationen einigten, die allgemeine Klucht vor der Welt sich legen werde.

Im New Yorker Büro Albert Wiggins wurde mitgeteilt, daß das Komitee New Yorker Banken die Einladung des Ausschusses deutscher Privatbanken, einen Vertreter zu einer Konferenz nach Berlin am 23. Dezember zu entsenden, angenommen habe, und daß Wiggins als Vorsitzender des Komitees teilnehmen werde.

Totenmahnung zum Totensonntag

Schluß mit einer falschen Romantik! Bekämpft das Kriegsgedächtnis!

Berlin, 22. Nov. Für die Toten des Weltkrieges veranstaltete am Nachmittag der Reichsbund der Kriegsgedächtnis, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen im Reichstag eine Weihestunde, an der Mitglieder des Reichskabinetts, Angehörige des Reichstages, des Landtages und Vertreter der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden teilnahmen. An der musikalischen Ausgestaltung der Feier wirkte u. a. der Gesangsverein der Berliner Buchdrucker „Typographia“ mit. Der erste Vorsitzende des Reichsbundes, Christoph Baendner, sagte in seiner Gedächtnisrede: „Worte sind zu schwach, um die Opfer des Krieges richtig zu würdigen. Trost für die Hinterbliebenen ist der Gedanke, daß sie, die ausgingen und nicht wieder kamen, für das Vaterland fielen, für das bedrängte Deutschland, für ihre Eltern, Brüder und Kinder, fielen in der großen Kameradschaft gemeinschaftlicher Pflichterfüllung. Gerade deshalb haben wir die Pflicht, uns gegen eine falsche Romantik zu wenden. Kriege sind Menschenwerk. Darum soll unser Glaube sein, daß sie auch durch Menschen überwunden werden können. Die Opfer des Krieges sind eine ernste Mahnung für die Jugend. Ihr Jungen in unserem Volk: schafft eine bessere Welt ohne Krieg! Uns alle aber mahnen unsere toten Helden, daß wir den Lebenden dienen und den Hinterbliebenen der Gefallenen mit allen unseren Kräften helfen wollen. So ehren wir unsere toten Kameraden am besten!“

Nationalistische Totenschändung

Das vor einigen Monaten in Arnswalde von Erwerbslosen errichtete Gert-Denkmal ist in der Nacht zum Freitag mit Salzsäure besudelt worden. Es wurde zerstört. Vor allem ist die wertvolle Bronzetafel, die den Gertkopf zeigt, vernichtet. Die Täter wurden noch nicht ermittelt.

Loucheur gestorben

Paris, 22. Nov. Der Abgeordnete und frühere Minister Louis Loucheur ist heute nachmittags nach kurzer Krankheit gestorben. Loucheur spielte als Wirtschaftsfachmann während des Krieges und in der Nachkriegszeit eine bedeutende Rolle in der französischen Politik. Nach dem Siege des Linksblocks im Jahre 1924 wurde Loucheur Führer der radikalen Linken und hat sich seitdem für eine Verständigungspolitik mit Deutschland eingesetzt.

Schluß im Wirtschaftsbeirat

Die Gewerkschaften protestieren gegen einseitige Lohnsenkung ohne gleichzeitigen Preisabbau

Berlin, 23. Nov. (Funkdienst.) Die offizielle Schlußsitzung des Wirtschaftsbeirates wird heute vormittag um 11 Uhr unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten beginnen. An der Sitzung wird der Vertreter des A.M.-Bundes, Dr. Suhr, nicht mehr teilnehmen. Er hat die Reichsregierung in einem Brief über den Grund seines Fernbleibens noch am Sonntag nach der letzten Arbeitssitzung des Wirtschaftsbeirates verständigt.

In dieser Abend Sitzung versuchte der Reichsminister das Verhandlungsergebnis zusammenzufassen, und zwar im Sinne einer Erklärung, die in der heutigen Schlußsitzung von dem Reichspräsidenten abgegeben und dann der Öffentlichkeit übergeben werden soll. Die Erklärung ist zugleich als Richtlinie für das kommende Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung gedacht. Von allen Seiten der Gewerkschaften wurden gegen diese Richtlinie die heftigsten Bedenken geltend gemacht. Es wurden Einwände und Gegenentwürfe in Formulierungen über Banken und Staat, Agrarpolitik und öffentliche Wirtschaft erhoben. Insbesondere aber stießen sie in allen vorangegangenen Sitzungen, die Vorschläge über die Auflockerung des Tarifrechts und über die Senkung der Löhne und Gehälter ohne ausreichende Garantie für die Erhaltung des Reallohns enthielten, auf den entschiedenen Widerstand. Die Erklärung befaßt sich schließlich auch mit dem Preisabbau. Aber während der Abbau der Löhne und Ge-

hälter mit sofortiger Wirkung vor sich gehen soll, wird das Problem des Preisabbaues mehr problematisch behandelt.

Die Gewerkschaften hatten bereits am Samstag vereinbart, gegen die Absichten der Reichsregierung eine gemeinsame Erklärung abzugeben. Von der Abgabe dieser Erklärung wurde jedoch am Sonntag in der letzten Sitzung des Wirtschaftsbeirates abgesehen. Ob nach dem Verlauf der gestrigen Sitzung noch weitere Gewerkschaftsvertreter den heutigen Schlußberatungen fernbleiben, ist zur Zeit noch unbestimmt.

Das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung

Berlin, 23. Nov. (Funkdienst.) Das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung wird aller Voraussicht nach im Laufe dieser Woche fertiggestellt und spätestens im Laufe der nächsten Woche veröffentlicht werden. Das Wirtschaftsprogramm wird neben Anordnungen über Löhne und Gehälter solche über die Kartelle erster Ordnung enthalten. Ein harter Druck soll vor allem auf die Produktionskartelle ausgeübt werden. Man will so den Anknüpfungspunkt für die Preislenkung von der Produktion her bilden. Von diesem Vorhaben vertritt man sich offenbar mehr, als von einer wesentlichen Lockerung der Bindungen der sogenannten Verkaufskartelle. Inwieweit diese Rechnung zutrifft, ist allerdings noch fraglich. Als Kernstück des Programms dürfte eine Erhöhung der Umsatzsteuer in Frage kommen.

Wegen Zechbetrug verhaftet

Herr Oberpostsekretär Jenke-Breslau, Leutnant d. L., Mitglied der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion „inspiziert“ Dillingen

Aus dem Schwarzwald berichtet man uns folgende harmlose Geschichte, die durch ihre Art eine politische Tragödie darstellt.

Eine lustige Geschichte wird zur Zeit in den Blättern unserer Gegend mit viel Humor und Spott behandelt. Das nationalsozialistische Schwarzwälder Tagblatt in Furtwangen regt sich weiblich auf, weil diese Blätter geschrieben hatten: „Reichstagsabg. Jenke-Breslau wegen Zechbetrugs in Dillingen festgenommen.“

In aller Kürze handelt es sich um folgendes: Nach dem Willinger Polizeibericht vom 18. November gelangte ein Reichstagsabgeordneter aus Breslau zur Anzeige, weil er sich in der Bahnhofswirtschaft Dillingen mehrere Glas Bier geben ließ, dann ein Telefongespräch führte, dann aber kein Geld zum Bezahlen hatte. Er versuchte dem einschreitenden Polizeibeamten Schwierigkeiten zu machen.

Und hier beginnt dieser harmlose Fall politisch zu werden. Der Reichstagsabg. Oberpostsekretär Jenke, welcher im 7. Wahlkreis Breslau gewählt und dort Bezirksleiter der nationalsozialistischen Partei ist, wurde von seinen Parteifreunden berufen, in Donaueschingen, Dillingen usw. Agitationsveranstaltungen abzuhalten. Auf dem Wege dahin entbedachte er in Dillingen, als er in der Bahnhofswirtschaft eingelebt war, daß ihm seine Brieftasche fehlte. Er glaubte, er habe sie verloren. In Wirklichkeit war sie von Verwandten in Offenburg, bei denen er übernachtete, in seinen Reisekoffer getan worden.

Eine alltägliche Geschichte, um die sich niemand zu kümmern braucht; sie wickelt sich aber anders ab, wenn man — nationalsozialistischer Reichstagsabgeordneter ist. Die Wirtin wollte ihr Geld haben, etwa 1,90 M. Herr Jenke begab sich zum Bahnhofsvorstand mit dem Eruchen, ihm 20 M. zu leihen. Das mußte der Willinger Fahrdirigenten ablehnen, weil er Geld nicht ausleihen darf. Auch soll die Stationstasche — es war halb 10 Uhr abends — schon geschlossen gewesen sein. Da stellte der Nazimann die seltsame Behauptung auf:

„Der Reichstagsabgeordnete hat die Berechtigung, bei der Stationstasche Geld zu leihen.“

Diese großartige Entdeckung ließ aber — und mit Recht — der Willinger Bahnhofsvorstand nicht gelten; er verweigerte ihm den verlangten Geldbetrag. Da Jenke immer aufdringlicher wurde, rief der Fahrdirigenten die Polizei herbei. Als sie erschien, sagte Jenke zu dem Polizeibeamten:

„Das ist ja kein Diebstahl; da hat man einen Schupo zur Hand. Aber, Sie, junger Polizeimann, kümmern Sie sich erst um die kommunikativen Mittelstände, die schreien und stehen. Meine Belange gehen Sie vorläufig nichts an.“

Der Polizeibeamte erklärte, er habe hier dienstlich zu tun. Nur so lange kümmere er sich um die Belange des Herrn Jenke, bis die Zechschuld am Bahnhof bezahlt sei. Darauf schrieb der Herr nationalsozialistische Abgeordnete: „Ich bin Volksbeauftragter von 60000 deutschen Bürgern“ und machte weitere abfällige Bemerkungen über den

Polizeibeamten. Dieser konnte dann über die Zechangelegenheit nicht weiter mit Herrn Jenke verhandeln und ließ einen Kollegen von der Dillingener Polizeiwache holen. Als er eintrat und sich vorstellte, deutete Jenke auf den erstgenannten Polizeibeamten und sagte:

„Da haben Sie einen schönen Beamten; der wird bei uns sofort Oberwachmeister.“

So benahm sich das selbstbewußte Mitglied des Reichstages! Er fing auch mit dem zweiten Polizeibeamten Streit an und sagte u. a.:

„Reh euch Schwarzen, wenn wir einmal am Ruder sind.“

Schließlich brachte ihn der Beamte doch dazu, daß er wegen des Zechbetrugs mit ihm verhandeln konnte. Jenke zog seinen Geldbeutel; er hatte noch 1,89 M., die er aber nicht hergab, da er sie morgen zum Leben brauche. Nach Feststellung der Personalien und des Sachverhalts konnte dann der Herr Abgeordnete sich entfernen; verhaftet wurde er nicht.

Die nationalsozialistische Presse kann nicht damit kommen, daß sie sagt, Jenke wäre angebettert gewesen; die Beteiligten stellen fest, daß die freie Willensbestimmung bei ihm sicherlich nicht ausgeschlossen war. Es kam bei ihm eben der ganze Militärdünkel, wie man ihn vor dem Kriege so oft konstatieren mußte, zum Ausdruck, denn Jenke war einstens Unteroffizierschüler und hat eine 20-jährige Militärdienstzeit hinter sich. Er hat es sogar, wie er stolz in Kürschners Reichstagslexikon feststellt, zum Leutnant d. L. gebracht! Hat man dann noch als Kriegsteilnehmer das E. K. I. A. L. und ist man sogar nationalsozialistischer Reichstagsabgeordneter, dann kann man die „dummen Schwarzwälder“ ansprechen, sie beschimpfen und sich auf sein M. d. R. berufen. Er kann froh sein, daß er so gut weggekommen ist; manche Schwarzwälder hätten den anmaßenden Abgeordneten aus Schloffen anders behandelt, wenn er ihnen unter die Finger gekommen wäre und sich betrunken aufgeführt hätte, wie es der Herr Jenke im Bahnhofsgelände in Dillingen getan hat.

Wie die Badische Presse ihre Leser informiert

Im Zusammenhang mit obigem Vorkommnis ist die Art interessant, wie das angeblich unparteiische Organ, die Badische Presse, darüber berichtet. Sie teilt das Vorkommnis unter allerhand feuilletonistischen Nöckchen ihren Lesern mit, ohne jedoch mit einem einzigen Wort darin zu erwähnen, daß es sich dabei um einen nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten handelt. Dieses Verschweigen wird noch besonders dadurch charakterisiert, daß die Badische Presse den Vorgang durch folgende Glossen einleitet:

„Ein Reichstagsabgeordneter war dieser Tage nach Dillingen, dem Schwarzwald-Kreisstädtchen, gekommen. Was er eigentlich dort wollte, hat die Kamera nicht übermittelt. Es muß aber schon etwas Wichtiges gewesen sein, denn er kam von Breslau, also aus einer Gegend, bei der — von hier aus gesehen — schon bewachte

der Gerne Osten anfängt. Unser Reichstagsabgeordneter hatte also eine weite und beschwerliche Bahnfahrt nicht gesucht, um eicams nach Billingen zu kommen. Wozu ist die Reichsbahn schließlich auch da? Sollen die Wagen leer über die Schienen laufen, die Volker ungenützt bleiben? Wenn man schon einen Preisfahrtschein in der Tasche trägt, muß man ihn auch ausnützen, so lange noch das „parlamentarische Lämchen“ atmet: „Müdet die Köse eh sie verblühen“.

Nach dieser Einleitung wäre es um so notwendiger gewesen, darauf hinzuweisen, daß es sich hier um einen nationalsozialistischen Abgeordneten handelt, weil aus der Form ihrer Abfassung eine Spitze gegen gewisse Rechte der Volksvertreter hervorgeht, die in diesem Fall von nationalsozialistischer Seite ihre „volle Ausnutzung“ erfahren; ja, darüber hinaus noch eine nationalsozialistische Annahme über das Berechtigte zeigen, indem sich dieser Herr aus Brelau gar als Vorgesetzter des Bahnhofsvorsetzers gefühlt hat. So nahe es deshalb gelegen ist, speziell für ein angeblich unparteiisches Organ, die nationalsozialistische Hege an Hand der tatsächlichen nationalsozialistischen Praxis einmal anzuprangern, so sehr geht gerade aus diesem Verhalten der Badischen Presse wieder einmal hervor, wie sehr all ihre Sinnen darauf eingestellt sind, die Nationalsozialisten zu schonen und zu hüteln, der Republik und den republikanischen Parteien jedoch immer wieder Stiche zu versetzen. Es bewegt sich dieser Vorgang auf der gleichen Linie wie der Leitartikel in der Sonntagsausgabe der Badischen Presse, der von Gehässigkeiten gegen die proletarischen Freiendernorganisationen und gegen die Sozialdemokratie nur so wimmelt, und dabei gegen die Gründung der neuen Mannheimer Selbstschutzzorganisation heftig, mit keinem Worte jedoch in ihrer Mahnung zum „Tag der Selbstbestimmung“ die Mordhege der Nationalsozialisten und das Treiben der SA-Mannschaften auch nur erwähnt. Der wirklich unparteiische Leser der Badischen Presse kann sich daraus einen Vers machen, wie es mit der angeblich „unparteiischen“ Haltung der Badischen Presse bestellt ist, und wird daraus keine Konsequenzen ziehen, allem Getöse und Gerede dieses Blattes zum Trotz.

Völkerbund und Mandchureikonflikt

Wahs mit den Pelz, aber mach mich nicht nah!

Paris, 21. Nov. In der heutigen öffentlichen Sitzung des Völkerbundesrates ist beschlossen worden, den japanischen Vorschlag auf Einsetzung und Entsendung einer Untersuchungskommission, der auf allgemeine grundsätzliche Billigung gestützt ist, unter den Ratifikationsmitgliedern näherzutreten, um festzustellen, ob eine den beiden Parteien gerecht werdende Formel gefunden werden kann.

Der japanische Vertreter in Paris hat die Weisung erhalten, jeden Vorschlag eines Waffenstillstandes in der Mandchurei abzulehnen, da ein solcher nur gemacht werden könnte, wenn ein Kriegszustand bestünde.

Peking, 22. Nov. In einer Note, die gestern nach Tokio geschickt wurde, verlanat China von neuem die Eröffnung direkter Verhandlungen über die Zurücknahme der japanischen Truppen in die mandchurische Eisenbahnzone.

Washington, 22. Nov. (Reuters.) Staatssekretär Stimson brachte dem japanischen Botschafter gegenüber die Auffassung zum Ausdruck, daß die Belagerung von Tientsin durch die Japaner gefährliche Komplikationen befürchten lasse, da Tientsin bereits zur russischen Einflusssphäre zu rechnen sei.

Ein russisch-polnischer Nichtangriffspakt?

Wie die Telegramenagentur der Sowjetunion von maßgebender Seite erfährt, soll Litwinow den polnischen Botschafter in Moskau um die Wiederaufnahme der Verhandlungen über den Nichtangriffspakt vorgeschlagen haben.

Wird die kommende Abrüstungskonferenz Erfolg haben?

Von der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit wird uns geschrieben:

Im Februar 1932 findet in Genf die Abrüstungskonferenz statt. In zahlreichen Ländern sind Bemühungen am Werk mit dem Ziel, auf ihre Regierungen einen Druck auszuüben, damit die Verhandlungen zu einem guten Ergebnis führen. Millionen Unterschriften verlangen Abrüstung, weil ohne Abrüstung der Friede immer gefährdet sein wird. Auffallenderweise ist die Zahl der Unterschriften gerade in Deutschland verhältnismäßig gering. Der Grund dafür liegt vor allem in der Ansicht, daß Deutschland ja bereits durch den Versailler Vertrag gesungen, abgerüstet hat.

Für die Vertreter Deutschlands beim Völkerbund bedeutet es aber keine Stärkung ihrer Stellung, wenn ausgerechnet sie nur eine geringe Stimmenzahl hinter sich hätten.

Seit 1929 arbeiten die Mitglieder der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit in 48 Ländern der Welt für diese Unterschriftenkammerung, in England sogar mit Unterstützung hervorragender Regierungsmitglieder wie MacDonald, Lord Cecil u. a.

Wir wissen, daß ein neuer Krieg, dessen Grausamkeit kaum vorstellbar ist, den Untergang Europas bedeutet. Niemand ist berufener als die Mütter, die das Leben geben, dafür zu kämpfen, daß ihre Kinder nicht für die Interessen und den Profit einiger Weniger zu Millionen vernichtet werden. Einer, der vier Töchter an vorderster Front stand, behauptete, wenn die Mütter nur eine halbe Stunde Jenseits hätten sein müssen des fürchterlichen Todesstampfes ihrer Söhne, wenn sie nur eine Nacht die wohlklingenden Schreie ihrer Kinder gehört hätten, die schwer verwundet im Schlachtfeld lagen und in ihrer Not nach Gott und der Mutter schrien, es gäbe nie wieder Krieg.

Wollt wir unser Volk und unser Land wahrhaftig lieben, wollen wir es vor namenlosem Unglück und Elend bewahren. Oder sind nur jene national, die große Worte machen, wie „nationale Belange“, „Deutschtum“, „Vaterland und Ehre“.

Wir verlangen Ausschaltung all der Kreise, die aus Kriegen unerbötliche Gewinne ziehen — deshalb müssen wir totale, allgemeine Abrüstung verlangen.

Selbst durch eure Unterschrift für die Abrüstung dafür sorgen, daß auch das Volk gehört wird in Genf, nicht nur die Militärführer und die Vertreter der „internationalen“ Rüstungsindustrie!

Das Bürgerkriegstreiben

Karlsruhe, 21. Nov. (Eig. Drachb.)
In Karlsruhen kam es zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten zu einem blutigen Zusammenstoß. Zwei Nationalsozialisten wurden schwer verletzt; einer ist seinen Verletzungen in Folge gestorben.

Brüning fordert Winternothilfe

Eine Rundfunkansprache zur Zusammenarbeit

Der Reichskanzler hielt Sonntag abend im Rundfunk eine Ansprache über die Winterhilfe, in der er zunächst betonte, daß die Lebenskräfte des deutschen Volkes noch nicht gebrochen seien. Es wäre falsch, sich den Hemmungen und lähmenden Einflüssen auszuliefern, ohne zu versuchen, aus eigener Kraft die schwierige Zeit der Prüfung zu überwinden. Das bisher erzielte Ergebnis der umfangreichen Hilfsarbeiten der Deutschen Liga für freie Wohlfahrtspflege berechtige zu der Hoffnung, daß dem Lebenswert des deutschen Volkes auch weiterhin der Erfolg nicht verfaßt bleibe.

Der Dank gelte den Tausenden und Abertausenden, die sich für die Durchführung des Werkes eingesetzt hätten. Die Reichsregierung überreichte habe alles getan, um der elementarsten Not zu steuern. Es sei jedoch infolge der schwierigen Lage der Staatsfinanzen nicht möglich, auf dem Wege staatlicher Maßnahmen weitere Hilfe zu bringen. Es war daher ein Gebot der Stunde, die freie Wohlfahrtspflege zur Mithilfe an der Bekämpfung der großen Not heranzuziehen. Die Reichsregierung habe sich im Vertrauen auf die oft bewährte Arbeitsbereitschaft der freien Wohlfahrtspflege, vorbehaltlos hinter ihre Bestrebungen gestellt.

Die letzten Wochen hätten gezeigt, daß der Aufruf an das deutsche Volk zur Winternothilfe nicht ungehört verhallt sei. Ein

jeder, der sich noch nicht selbst in Not befinde, habe gerade in den nächsten Wochen und Monaten die Pflicht, dem Notleidenden zu helfen, die ohne eigenes Verschulden aus dem Schicksalstreis, aus Arbeit und Verdienst ausgeschaltet worden seien. Eine vorbildliche Aufgabe der Deutschen Liga der freien Wohlfahrtspflege sei es, den notleidenden Bevölkerung an besonders gefährdeten Stellen des Reiches zur Hilfe zu kommen.

So soll das große Hilfswerk dieses Winters getragen werden von dem Geiste der gegenseitigen Verantwortung, von dem Geiste des Zueinanderstehens und des Helfenwollens. In ihm muß sich das unandelbare Gesetz der Solidarverbundenheit erfüllen. Die Hilfe soll neues menschliches Vertrauen schaffen unter den deutschen Volksgenossen selbst und für das deutsche Volk in der Welt.

„Gelöst sind die Bande der Welt — Wer kündigt sie wieder als allein die Not“, diese Worte (aus dem Deutschen Sang) sind erfüllt, wenn wir das Ziel, das uns vor Augen steht, erreicht haben.

Darum richte ich im Namen der Reichsregierung an das deutsche Volk die Bitte, im gemeinsamen Willen und im gemeinsamen Streben nicht müde zu werden. Dann wird auch die Zeit des Leidens und der Not überwunden werden.

Wir stellen fest

Nazis können auch anders

Frankreichs Nationalisten und die Nationalsozialisten

So sehr die Nationalsozialisten Frankreich zweifellos hassen, so schielen sie doch begierig nach jeder Stimme in Frankreich, aus der sie entnehmen zu können glauben, daß sie dort als „verhandlungsfähig“ angesehen werden. Sobald von republikanischer Seite aus Forderungen über die kommenden Verhandlungen mit Frankreich ausgeht, werden diese in der nationalsozialistischen Presse verächtlich und verächtlich. Dabei schauen jedoch die nationalsozialistischen Führer emsig nach Frankreich, um festzustellen, ob nicht vielleicht dort auch Strömungen sind, die ihnen kommende Möglichkeiten offen lassen — auch wenn diese Möglichkeiten auf Kosten Deutschlands gehen würden. Denn so sehr auch die Nationalsozialisten gegen das Ausland hegen; um die Möglichkeit, an die Futtertruppe zu kommen, geben die Nationalsozialisten schon sehr, sehr viel preis. Mit Behagen schreibt daher der nationalsozialistische Führer in seiner Nummer vom 18. November 1931 unter der Überschrift „Franzosen können auch anders“ wie folgt:

Wir stellen fest, daß die französische Zeitung „Agence Economique et Financiere“ am 17. November ausdrücklich betonte, daß der Aufstieg der deutschen Rechte den Verhandlungen niemals hinderlich sein könnte. Es wäre im Gegenteil zu begrüßen, wenn die neuen mit Deutschland zu treffenden Abmachungen von einer Regierung unterzeichnet würden, in der die Nationalsozialisten vertreten wären. Die Lösung der zwischen Deutschland und Frankreich schwebenden Probleme könne jedenfalls durch die Beteiligung der Opposition an der Regierung nur gefördert werden.

Begeistert drückt der nationalsozialistische Führer diese Meinung eines französischen Finanzblattes, deren Einzelheiten wir jetzt nicht nachprüfen wollen, ab, dabei sogar seinen sonstigen Haß gegen das internationale Finanzkapital ebenso sehr vergessend wie seine bisherige Abneigung, mit Frankreich zu verhandeln. Ja, wenn man an die Futtertruppe kommen könnte, dann wäre Paris schon eine Messe wert und alle Rachepläne gegen Frankreich sind angeht. Von Ministerpräsidenten bei den Nationalsozialisten schnell abgetan. Wenn jedoch der Führer weiter meint: „Wir sehen aus dieser Aufwertung einer französischen volkswirtschaftlichen Zeitung, daß man in Frankreich auch anders kann“, so liegt hierin ein ganz gewaltiger Trugschluss. Denn wenn französische Industrie- und Kapitalmagnaten auch bereit sein würden, mit den Nationalsozialisten zu verhandeln, so tun sie es deshalb, weil sie wissen, daß die Nationalsozialisten für eine Verständigung mit Frankreich einen viel höheren Preis zahlen müssen, als es bei dem verständigungsbedürftigen republikanischen Deutschland der Fall wäre. Denn einer wirklich republikanischen Regierung in Deutschland muß Frankreich entgegenkommen und es hat dies auch bei der Rheinländeraumung getan. Einem nationalsozialistischen Deutschland würde Frankreich keinerlei Konzessionen machen. Diesem gegenüber kann das französische Großkapital und die französische Schwerindustrie fordern, was es will, und es wäre schon (so viele Argumente auch auf andere Entwicklungstendenzen hindeuten) begreiflich, daß speziell die nationalsozialistische Schwerindustrie Frankreichs ganz gerne die deutschen Nationalisten und die ihnen versippte Schwerindustrie als wirtschaftlichen Gegenpartner hat, da sie weiß, daß sie in diesem Fall auf ihre Rechnung kommt. Die Internationale der Nationalisten wird schon auf Kosten der Volksmassen heiber Länder funktionieren, wenn diese vielleicht zu spät kommende Erkenntnis auch manchen ehrlichen Vaterlandsfreund im Lager des deutschen Nationalismus schwer enttäuschen wird.

Interessant jedoch an dieser ganzen Tatsache ist es, daß der nationalsozialistische Führer durch die Art, wie er diese Ansprache verbreitet, dem französischen Großkapital gleich bestätigt, daß es richtig genumtet hat, wenn es annimmt, daß die Nationalsozialisten, wenn sie an der Futtertruppe sitzen, bereit

sind, jeden Kostenpreis zu zahlen. Ja, um Ministerpräsidenten und Rachepläne sehr schnell vergessen.

Als noch die Nazigönner herrschten

Kronprinzenergnügen für unser Geld

Der nationalsozialistische Führer überschlägt sich gegenwärtig förmlich in einer Hege gegen die Republik und die republikanischen Regierungen. Die dabei vorgebrachten Schwindereien und Einseitigkeiten sind so habenschön, daß es sich nicht verlohnt, auf Einzelheiten einzugehen. Umfänglicher wurden ja letzte Woche einige der größten Schwindereien richtiggestellt, ohne das dies allerdings etwas fruchtbar wird, wenn dafür anderen Tages von der Nazipresse noch größer aufgetragen wird. Es sei daher, um der Hege der Nazis gegen das deutsche Regime durch Tatsachen gegenüberzutreten, einer materialreichen Zeitschrift Raum gegeben, die zeigt, wie es Anno dazumal in deutschen Ländern bestellt war, als noch die fürstlichen und prinziplichen Gönner der Nazis „national“ in Deutschland regierten:

„Die Fürkendermorgen stammen nicht aus der Arbeit und Leistung der Fürsten, sie stammen vielmehr aus der Arbeit und Leistung der Völker, die sich für das Wohlergehen ihrer Vorkontanten abgeben mühten; sie kamen teilweise auch aus der Kriegsbeute, aus den Tüfeln ihrer Untertanen. Aus diesem Grunde hatten die Fürsten auch absolut keinen Sinn für den Wert des Geldes, das sie verschwendeten, um, wenn es alle war, aufs neue „ihre lieben Untertanen“ auszubehnten und auszuspressen.“

Das erbte zum Beispiel ein Fürstentum der Erben des Großherzogs von Mecklenburg-Strelitz gegen die Gräfin von Bubna-Politz vor dem Reichsgericht, wie sinnlos das Geld verschwendet wurde, das die Fürsten aus der Arbeitsleistung des Volkes zusammentraffen konnten.

Der nachmalige Großherzog von Mecklenburg-Strelitz unterließ während seiner Studienzeit in England im Jahre 1910 ein Verhältnis mit der Gräfin von Bubna-Politz. Er vermachte ihr für ihr „Entgeltkommen“ für den Fall seiner Thronbesteigung fünf Millionen Mark „Abfindung“, die verzinslich als „Aufwandsentschädigung“ festgelegt wurden. Im Juni 1914 heiratete der Großherzog den „Thronfolger“ und sofort meldete sich die Gräfin mit ihren Ansprüchen. Inzwischen begann der Weltkrieg, doch die englische Kontinente drängte auf Zahlung der fünf Millionen. Am 31. August 1914, als bereits tausende Deutsche für ihre Fürsten und für ihr Vaterland auf dem Schlachtfeld verbluteten, mußte der Großherzog seines Liebesbündnisses weichen. An diesem Tage kam zwischen der Gräfin und dem Großherzog ein neuer Vertrag zustande, der als Forderung der Gräfin für ihre „möglichermaßen“ Rechte nur noch vier Millionen Mark enthielt. Trotz der Kriegszeit zahlte der Großherzog an die englische Dame sofort 800.000 M. in bar, während der Rest von 3 1/2 Millionen Zug um Zug gegen Auslieferung von lombardierenden Schriftstücken gezahlt werden sollte. Für das Kapital von 3 1/2 Millionen zahlte der Großherzog 4 1/2 Prozent Zinsen (jährlich 150.000 M.) auch während des Krieges. Kurz vor Beendigung des Krieges starb der Großherzog. Die Gräfin machte ihre Ansprüche bei den Erben geltend, die die Forderung auch anerkannten und die Zinsen bis 1922 pünktlich zahlten. Nach der Inflation verlangte die Gräfin von den Erben die Wertung ihrer Ansprüche bei den Zinsen bis 1922 pünktlich zu zahlen, doch sie klagte vor den deutschen Gerichten. Der Prozeß wurde durch drei Instanzen betrieben und am 8. Oktober 1929 wurde die Klage wegen „Rechtsgegen die guten Sitten“ vom Reichsgericht endgültig abgewiesen.

Bei dem letzten Prozeß sind die Erben des Großherzogs die Kläger, die nun ihrerseits von der Gräfin 11.500 M. Rechtsanwaltskosten für den vorigen Prozeß zurückverlangten. In zwei Instanzen wurden sie mit ihrer Klage abgewiesen, während das Reichsgericht die Sache zur nochmaligen Verhandlung und Entscheidung an die Vorinstanz zurückverwies!

Mecklenburg-Strelitz ist ein Ländchen von 120.000 Einwohnern. Rund 42 M. pro Kopf mußten die „lieben Untertanen“ aufbringen, damit der Hof wüßte, was die Kronfolger seinen luxuriösen Gelüsten während seiner Studienzeit in London nachgeben konnte. Das war das „Gottesanbentum“ der Fürsten.

Somit die Zeitschrift, der anzufügen wäre, daß es von Standpunkt dieser hohen Herren aus schon begreiflich ist, daß sie ihre alte Herrschaft wieder antreten wollen, wobei ihnen die Hitlerische „Arbeiterpartei“ ein williges Objekt ist, um mit deren Hilfe das republikanische Regime mit Giftsalben zu beschließen. Um so behauernder jedoch das deutsche Volk, das diese Manöver nicht durchschaut.

Freistaat Baden

Zeitungseinstellung

OB. Baden-Baden, 22. Nov. Die Badische Volkszeitung, die in den letzten Tagen bereits als Notzeitung herausgegeben war, hat mit dem gestrigen Samstag nach 46jährigem Bestehen ihr Erlohen eingestellt.

Zeitungsverbot

Karlsruhe, 21. Nov. Der Minister des Innern hat die in Mannheim erscheinende kommunistische Arbeiter-Zeitung mit Wirkung von heute auf fünf Tage verboten. Anlaß zu dem Verbot gab ein Artikel „Rund um das Weisheits“, dessen Inhalt eine Beschimpfung staatlicher Organe und eine Verhetzung der Bevölkerung gegen diese darstellte.

Gewerkschaftliches

Lohnkampf der Buchdrucker

Eine sehr gut besuchte Versammlung der Buchdruckerzweige von Karlsruhe im Verbands der Deutschen Buchdrucker nahm nach zweistündiger Berichterstattung des Bezirksvorsitzenden Rolf M. Maier, der an den Verhandlungen in Berlin teilgenommen, Stellung zu dem von den Arbeitgebern geforderten 16,72%igen Lohnabbau. Die Versammlung war einmütig der Auffassung, daß jede Forderung der Arbeitgeber eine Provokation der gesamten Buchdruckerarbeiterschaft bedeute, die ganz energisch zurückgewiesen werden muß. Die Versammlung stimmte einmütig der Auffassung zu, daß unter keinen Umständen ein Lohnabbau zu erfolgen habe. Bevor an einen Lohnabbau überhaupt gedacht werden kann, müßte die 40stündenswoche eingeführt werden, um die arbeitslosen Kollegen wieder in den Produktionsprozess einzusetzen. Folgende, einstimmig gefasste Entschließung war der Ausdruck der Stimmung der Versammlung:

Die am 20. November statt besuchte Versammlung der Karlsruher Buchdruckerzweige nahm den ausführlichen Bericht des Bezirksvorsitzenden Rolf M. Maier über die unerschämten Forderungen der Unternehmer, die einem 16,72%igen Lohnabbau gleichkommen, überholt. Sie betrachtet den Lohnabbau nicht als das Mittel, das die deutsche Wirtschaft wieder aufwärts und vorwärts führen könnte; er schwächt weiter die Kaufkraft und fördert nur weiter die Arbeitslosigkeit, unter welcher gerade die Buchdrucker am stärksten zu leiden haben. Der erneute Lohnabbau hieße doch, die Lebenshaltungskosten auf das Hungerniveau herabzubringen. Im Gegensatz zu dem Forderungswort über den Lohnabbau hören wir von unseren Unternehmern kein Wort davon, daß der Druckereiarbeiter gegenüber dem Friedensstand eine Erhöhung von 240% erfahren hat. Wo bleibt denn da die Initiative der Reichsregierung, die mit Hilfe des Wirtschaftsausschusses einen wirtschaftlichen Ausgleich verprochen hat? Wo bleibt die zugesagte Preisreduzierung? Bevor nicht diese Verprechungen erfüllt sind, lehnen die Karlsruher Buchdruckerzweige die Einführung ab. Es wäre unglücklich, wenn sich ein Schlichter finden würde, der auch nur im entferntesten diese Unternehmerwünsche, in die Wirtschaft umzusetzen würde. Und weiter: Wie lange will denn die Reichsregierung mit dem Erlaß der Notverordnung für Einfuhrbeschränkungen und Einstillungsmaßnahmen noch warten, um wenigstens einen Teil der Arbeitslosen Brot und Verdienst zu geben? Wir verlangen, daß endlich im Wirtschaftsausschuss mit der Einführung der 40stündenswoche ernst gemacht wird. Unseren Unternehmern gebührt Dank und Anerkennung für ihre tatkräftige Betätigung.

Schiedspruch für die badische Papierindustrie

Das Tarifamt für die badische Papierindustrie in Berlin hat einen Schiedspruch gefällt, der mit sofortiger Wirkung eine Lohnsenkung von ungefähr 6 Prozent vorseht. Die neuen Löhne betragen in Ortsklasse A 71,5 Pf., in Ortsklasse B 67 Pf., in der Ortsklasse C 62,5 Pf., in Ortsklasse D 58,5 Pf. Außerdem enthält der Schiedspruch die Klausel, daß die Betriebe, die besonders notleidend sind, gemeinsam mit der Betriebsvertretung eine weitere Lohnsenkung vereinbaren können. Im Streitfällen entscheidet das Tarifamt endgültig. Die Neuregelung gilt bis zum 14. 3. 1933.

Schiedspruch für die württemb. Metallindustrie

In der Nachverhandlung vor dem Schlichter sind nun wieder tariflich geregelte Lohnverhältnisse hergestellt worden. Es bleibt bei dem Schiedspruch vom 5. November, nach dem eine Ermäßigung der Mindestlöhne in allen Ortsklassen um 5 Pf. für die Stunde angesetzt, aber auch eine Herabsetzung der Arbeitszeit im nämlichen Verhältnis, also eine Kürzung um 6-7,14 v. H. eintritt. Der erste Kündigungstermin ist auf 31. Januar 1933 angesetzt. Die Unternehmer hatten den Spruch wegen unzureichender Höhe der Lohnsenkung abgelehnt, die Arbeitnehmer waren an sich auch nicht zufrieden, haben aber im Vertrauen nach geordneten Verhältnissen ihre Zustimmung erteilt. Gegenwärtig sind in der württembergischen Metallindustrie noch rund 50 000 Arbeitnehmer beschäftigt. (Frankf. Zit.)

Neue Gehaltshürzungen

Zwischen den Arbeitgeberverbänden der Industrie und des Groß- und Einzelhandels im Handelskammerbezirk Karlsruhe und den Angestelltenvereinigungen sind neue Gehälter für die Angestellten ab 1. November vereinbart worden. Die Gehälter werden danach um

4,5 Prozent gekürzt, wobei Gehälter bis zu 100 Mark ausgenommen bleiben. Die sozialen Zulagen erfahren eine Kürzung um je 1 Mark. Der ursprünglich zum 1. Januar vorgesehene weitere Gehaltsabschlag von 2 Prozent für die weiblichen Angestellten im Einzelhandel tritt erst am 1. April 1933 in Kraft.

Teilstreiks im Mannheimer Sefengebiet. Nachdem der Sefenarbeiter-Schiedspruch vom Landeslichter für verbindlich erklärt wurde, ist es im hiesigen Sefengebiet zu Teilstreiks gekommen. So hat die Belegschaft der Rhein-Union die Arbeit niedergelegt.

Lohnkampf in der Schuhindustrie. Die Verhandlungen zwecks Neuabschluss eines Lohnvertrages für die Schuhindustrie finden am kommenden Dienstag in Frankfurt a. M. statt. — Die von uns bereits gemeldeten unerhörten Abbauforderungen der Arbeitgeber — sie verlangen nicht weniger als eine Lohnkürzung um rund 17% haben unter der Arbeiterchaft viel böses Blut gemacht. Die Schuharbeiter werden sich gegen den Lohnabbau mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zur Wehr setzen. Die Gewerkschaften verlangen in ihren Gegenvorschlägen im wesentlichen: Einführung der 40stündenswoche mit vollem Lohnausgleich, Einstellungsmangel von Arbeitslosen im gleichen Ausmaß der Verkürzung der Arbeitszeit, Verbot der Überstunden und einige Verbesserungen für die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Handarbeiter.

Partei-Nachrichten

Gröningen, Donnerstag, 23. November, abends 8 Uhr, findet im „Lohse“ eine Mittalbeiterversammlung statt, in der Gen. Trinks sprechen wird über „Die politische Situation und die Haltung der Partei“. Die Anwesenheit sämtlicher Genossen wird als selbstverständlich erwartet. Genossenschaftsmitglieder und Volksfreundler sind willkommen. Insbesondere wird die sozialistische Arbeiterjugend aufgefordert, zu erscheinen.

Aus dem Gerichtssaal

Ein gemeiner Verleumder

4. Freiburg, 18. November. Es gibt Leute, denen die Verdächtigungen und Beschimpfungen sozialdemokratischer Führer zur Liebhaberei geworden sind, um leibenschädlichen Bedürfnis zu befriedigen. Auch vor der Verunglimpfung von Toten scheuen diese Menschen nicht zurück. Zu der Kategorie scheint auch der Ingenieur Emil P. o. b. h. aus Pöhl zu gehören. Auf einer Eisenbahnfahrt von Freiburg gegen Kirchzarten entleerte er seine allseitig wolkenden Trüben. Erst schimpfte er über das Proletariat und auf die Einwendung eines Mitreisenden, aus dem Proletariat habe kein Recht, die Würde der Kirche zu verletzen, so über die Kirche. Er behauptete, die Kirche sei ein Werkzeug der Verleumdung, die in der Vergangenheit die Verdächtigungen der Arbeiterklasse durch den Staat gegen die Kirche zu unterstützen. Er behauptete, die Kirche sei ein Werkzeug der Verleumdung, die in der Vergangenheit die Verdächtigungen der Arbeiterklasse durch den Staat gegen die Kirche zu unterstützen. Er behauptete, die Kirche sei ein Werkzeug der Verleumdung, die in der Vergangenheit die Verdächtigungen der Arbeiterklasse durch den Staat gegen die Kirche zu unterstützen.

Der Bilderdiebstahl im Mannheimer Schloss

Mannheim, 20. Nov. Das Schöffengericht verhandelte in längerer Sitzung gegen den 23jährigen Matrofen Thomas Berwejen, alias Maslanta aus Rotterdam wegen des Bilderdiebstahls im Mannheimer Schlossmuseum. Der Angeklagte gab erst nach eindringlichem Zureden des Vorsitzenden zu, daß er nicht der Täter Maslanta aus Ausland sei, sondern der Matrofen Berwejen. Nach dem er am 4. Oktober im Koblenzer Schlossmuseum drei kleinere Gemälde gestohlen und für 100 Mark an einen Wiesbadener Architekt verkauft hatte, suchte er in der Nacht zum 9. Oktober das Mannheimer Schlossmuseum heim, indem er vom Schenkenhof aus an einem Wächterposten vorbeilieferte und durch das geöffnete Fenster kletterte. Er schnitzte wertvolle Gemälde aus dem Rahmen und brachte sie nach Frankfurt, wo er bald festgenommen werden konnte. Das Urteil lautete auf zwei Jahre drei Monate Zuchthaus.

Zweifaches Todesurteil

Die Strafanträge im Freistetter Mordprozess

ST. Offenburg, 21. Nov. In dem Prozess gegen den Landwirt und Bauern Christian David Schütt, 41 Jahre alt, seine 35 Jahre alte Ehefrau Sofie Schütt geb. Kapp und den 27 Jahre alten Dienstknecht Karl Wiederschlag, sämtliche aus Freistett bei Rebl, wegen gemeinschaftlicher Ermordung der 70 Jahre alten Mutter des Schütt beantragte am heutigen dritten Verhandlungstage am Schluß seines zweistündigen Vortrags der Erste Staatsanwalt Dr. Bieler gegen alle drei Angeklagten die Todesstrafe, sowie die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit. Gegen den Angeklagten Schütt beantragte er außerdem eine mehrjährige Zuchthausstrafe wegen erworbener Kuppelei, deren Höhe er in das Ermessen des Gerichts stellt. Zu dem Antrag auf Todesstrafe gegen Schütt erklärte der Staatsanwalt, daß hier die Frage der Mittäterschaft einige Schwierigkeiten bereitet habe. Nach der Beweisaufnahme habe es zweifellos fest, daß die beiden anderen Angeklagten den Mord nicht ausgeführt haben würden, wenn Schütt dagegen gewesen wäre. Nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts käme daher Schütt als psychologischer Mittäter in Frage.

Das Urteil

In später Nachmittagsstunde verkündete der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Steurer folgendes Urteil:

Es werden verurteilt wegen Mordes zum Tode unter Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit die 35 Jahre alte Landwirtsehefrau Sofie Schütt und der 27 Jahre alte Dienstknecht Karl Wiederschlag, wegen Beihilfe zum Mord unter Verlesung mildernder Umstände und wegen erworbener Kuppelei der 41 Jahre alte Landwirt Christian David Schütt zu einer Gesamtschuldigkeitsstrafe von zwölf Jahren und zehn Jahren Ehrverlust.

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende u. a. aus, daß das Gericht lediglich dazu da sei, zu untersuchen, ob eine bestimmte Handlung einen bestimmten Gesetzesparagrafen erfüllt. Die Verhandlung habe einwandfrei ergeben, daß die beiden zum Tode Verurteilten in bewußter und gewollter Zusammenwirkung den Tod eines Menschen verursacht haben. Schwieriger lag der Fall bei David Schütt. Allein auf die Angaben seiner Frau kommt eine Verurteilung als Mittäter nicht erfolgen. Das Gericht nahm daher nur Beihilfe als erwiesen an. Die mildernden Umstände haben zu verlagern. Die Angeklagten nahmen das Urteil gefaßt auf.

Aus aller Welt

42 Tote der furchtbaren Grubenkatastrophe

Donauschitz (Grafschaft Vork), 22. Nov. Das furchtbare Grubenunglück in Bantzen hat bis jetzt 42 Todesopfer gefordert. Die Hoffnungen, die fünf noch eingeschlossenen Bergarbeiter zu befreien, mußte aufgegeben werden.

Im Steinbruch erschlagen

Beilngries (Oberpf.), 22. Nov. Am Freitag löste sich im Steinbruch bei Beilngries ein mit Bruchsteinen beladener Kippwagen und raste abwärts. Zwei Arbeiter wurden von dem Kippwagen erfasst und auf der Stelle getötet. Durch den Lärm der Querschlaganlage hatten die Bergarbeiter das Herannahen des Wagens nicht gehört.

Der Mord an dem Polizeiwachmeister Bartkowiak

Kedlingshausen, 22. Nov. Der 21jährige Michael Bartkowiak, der unter dem Verdacht festgenommen worden war, am 14. ds. Ms. seinen Vater, den Polizeiwachmeister Friedrich Bartkowiak erschossen zu haben, konnte durch Zeugnisaussagen trotz heftigen Beweises der Tat überführt werden. Sein Bruder, der 18jährige Franz Bartkowiak, wurde heute wegen Verdachts der Mittäterschaft festgenommen.

Saftbefehl wegen Unterschlagung

Berlin, 21. Nov. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft ist gegen die Inhaber des zusammengebrochenen Bankhauses Marcus u. Co., Marcus und Schreiber, Haftbefehl wegen des dringenden Verdachts der schweren Depotunterschlagung erlassen.

St. Berlin, 23. Nov. Der Bankier Max Marcus ist am Sonntag durch den Gerichtssatz unterjocht worden, der feststellte, daß Marcus infolge schwerer Erkrankung nicht haftfähig sei.

100 000 Mark gewonnen

In der Ziehung der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie wurde auf Los Nr. 731 der Gewinn von 100 000 Mark gezogen. Das Los wird in der ersten Abteilung in Bielefeld in Berlin und in der zweiten Abteilung in Aachen in Bremen gelieft.

Der frühere preussische Innenminister v. Voebell gestorben

Berlin, 21. Nov. Der frühere preussische Innenminister v. Voebell, bekannt als reaktionärer Macher des „Reichsbürgerrechts“, ist nach längerer Krankheit in Brandenburg a. d. Havel gestorben.

Letzte Nachrichten

Das Scharfmachertum auf höchster Spitze

Nicht nur die Arbeiterchaft, sondern auch die katholische Kirche warnt jeht

Bösum, 21. Nov. Die Reiztheit des reaktionären Unternehmertums und die Untragbarkeit weiterer Belastungen der Arbeiterchaft wird durch die Tatkraft charakterisiert, daß sich die katholische Geistlichkeit des rheinisch-westfälischen Industriegebietes genötigt sieht, in einer Entschiedenheit zum Ausdruck zu bringen, daß die Lage der Bergarbeiterfamilien durch Lohnherabsetzungen, Preissteigerungen und Stilllegungen bereits eine kaum mehr tragbare Verschlechterung erfahren habe. Die als vorläufige Maßnahme ausgesprochene Massenbindung der Einzelarbeitsverträge werde von den Bergarbeitern als Vorbereitung einer untrieblichen Lösung des Lohnstreites empfunden. Die Entschließung warnt vor jedem einseitigen Schritt.

Preußens Finanzminister bezeichnet weitere Gehaltshürzungen als ausgeschlossen

Berlin, 21. Nov. Der preussische Finanzminister Kasper erklärte Vertretern des preussischen Beamtenbundes, daß nach seiner Auffassung weitere Gehaltshürzungen als ausgeschlossen anzusehen seien solange nicht eine fällbare Senkung der Lebenshaltungskosten eingetreten sei.

Die gegenseitige Zollabschnürung

Schweizerische Abschnürungsmaßnahmen

Uster (Schweiz), 22. Nov. Am Ustertag der Zürcherischen Demokraten hielt Bundesrat Schulthess eine große Rede, in der er u. a. ausführte, auch die Schweiz sei von der Wirtschaftskrise mit aller Wucht erfasst worden. Es sei aber kein Grund vorhanden, zu verzweifeln und den Kopf hängen zu lassen. Das Ausland müsse verstehen, daß die kleine Schweiz weder die Kraft noch die Möglichkeit hat, die gewaltigen Warenüberschüsse aufzunehmen, die auf ihren Markt geworfen wird. Die Regierung müsse von der Bundesversammlung die nötigen Vollmachten erbitten, um die Wirtschaft zu stützen. Er erklärte, daß angesichts der schwierigen Lage durch Zölle, Zollkontingente oder Einfuhrbeschränkungen der Warenüberschümmung Einhalt geboten werden müsse.

Französische Zollerhöhungen

Paris, 21. Nov. Der Finanzausschuss der französischen Kammer hat der Erhöhung der Einfuhrsteuer zugestimmt. Der Beschluss bedeutet eine wesentliche Erhöhung der französischen Zölle. Die Einfuhrsteuer für Fertigwaren wird von 2 auf 6 Prozent erhöht und die für Halbfertigwaren von 2 auf 4 Prozent.

Amerikas Gegenmaßnahme auf die britische Einfuhrbeschränkung

New York, 21. Nov. Associated Press meldet aus Washington: Die Regierung wird die sofortige Erhebung von Ausgleichszöllen auf britische Einfuhrwaren entsprechend den Zöllen, die England auf amerikanische Erzeugnisse erhebt, anordnen.

So müssen letzten Endes die Völker durch eine Verschärfung der Wirtschaftskrise die Kosten zahlen, die sich aus der unflüglichen nationalpolitischen Zöllpolitik ergeben.

Viele wissen es noch nicht:
OBERST früher 5-jetzt 3½ Pf.!



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

23. November 1931.

1830 *Bildhauer Caspar Zumbusch. — 1830 *Augenarzt Alfred Gräfe. — 1876 *Philosoph Friedrich Albert Lange — 1918 *Kulturdenkmalverordnung. — 1918 Amnestie politischer Verurteilter. — 1923 Rücktritt Stresemanns, f. Marx — 1924 Leiche Saurès ins Pantheon — 1928 Sturmflut auf Ostf. usw.

Kinder frieren

Ich stehe an einem Schulhofsaun. Es ist ein gewaltiger Bau, den dieser Hof umschließt: Badsteine, braunrot und aufdringlich, mit falschen Götterfiguren über dem Eingangstor, über den Fenstern, an dem überprüften Frontgiebel. Eine Jugendstafette, „Anno“ 1904 erbaut von Leuten, die mit welchmütigen Geiste hütten waren.

Die Klingel schrillt; Pause. Ich höre durch die biden Mauerwände, durch das befehlerte Räten der Schulfingel das Aufatmen von tausend Jungen und Mädchen: diesmal ist er nicht bis zu mir gekommen, der Herr Lehrer. Die Diktate gibst also erst am Donnerstag zurück; also eine Galsenfrist. Und sie hat es nicht gemerkt, die Lehrerin, daß ich meine Rechenaufgabe nicht gemacht habe zu Hause. Ich bin ja nicht dazu gekommen. Wir sind doch lieblich zu Hause, und wenn ich nicht auf die beiden Kleinen aufpassen hätte, dann wollte ich ja schon gerne arbeiten. Ach, so eine Lehrerin, die hat es doch auf; was sie uns laßt, das weiß sie längst auswendig, und dann hat sie immer bloß frei. Ich habe einmal frei, und Ferien sind noch schrecklicher als die Schule...

Sie krämen auf den Hof herunter, die Jungens links, die Mädchen rechts. Manche haben Brot mit, in das sie jetzt hineinbeissen. Viele haben keins mit. Ob sie es bloß vergessen haben? Sie leben fast alle übermäßig aus, ungesund, ungesund, unterernährt, bloß, altflau, unheimlich wissend, wie serigierte Erziehung, die noch in den Kinderkleidern hängen geblieben sind. Diese Kleider! Haben wir nicht Späterer? Dünne Mädchen sind es, die sie da auf dem Leibe haben, so als wären wir mitten im heißen Hochsommer. Der Wind jagt die verwelkten Blätter der Schulhofkastanien umher, der Kubbäum ist schon ganz kahl: seine Zweige sind genau so nackt wie die Mädchenarme. Warum haben sich die Mädchen keine Sache übergezogen? Sie haben vielleicht keine. Die Jungens auf der anderen Seite haben zwar lange Kerle. Das gehört zu ihrem Anzug. Aber was sind das für Anzüge! Abgeriffene, amöfmal geflickte, zerwundene, zusammengepöpelte, vielleicht schon fremdgelegene Kleider, oder aus Vaters Feldmantel, vielleicht aus Mutters ehemaligem Bekleid zusammengestellt. Morphe Gewebe, das ist das Kleid der Jugend von heute. Sie sind alle Inflationstinder, Kinder Seimelbinder und Kinder von Vätern, die nicht wiederkamen. Aber weil der erledigte Erbe kein Erbe ist, weil diese Nachkriegszeit von gewissenlosen Bekehrten wieder zu einer Vorkriegszeit gemacht wird, weil die fönaligen Kaufleute aller Welt Waren aufhäufen und zurückhalten vom Markt, damit die Preise anziehen, weil diese Wirtschaftskapitane lieber die Güter der Erde vernichten oder verderben lassen, als daß sie den Hungernden und den Frierenden hingeben würden: darum sind diese Kinder so unterernährt, so ungesund, so durchkältet. Sie, die Menschen, die alten und auch die Jungen, sie haben ja seinen Preis; von ihnen sind so viele da, daß sie für die zum wertvollen Objekte wurden, die sich selber lieben und nur sich.

Diese Kinder hier sind am schlimmsten dran. Sie fühlen ihr Leid nur unklar, die Ursache nur dumpf; sind ihr Wissen ist so mager wie ihre Arme und die Wirtschaftsherren halten darauf, daß sie immer nur an den Massen und an ihren Leib zu denken haben. So frieren denn diese Kinder, inwendig und auswendig. Aber sie sind doch die, die nach uns weiterwachsen sollen. Sie sind werdende Menschen, die verkümmern müssen, wenn wir ihnen nicht helfen. Wir dürfen sie nicht surrunde gehen lassen. Wie du ihnen am besten gleich hilfst? Denk an die Winterhilfe der Arbeiterwohlfahrt!

Die Polizei berichtet:

Schwere Körperverletzungen
Am Sonntagabend wurde die Polizei nach einer Wirtschaft gerufen. Dort hatte ein lediger 20 Jahre alter Steinbauer unter dem Einfluß des Alkohols einen Spiegel in der Toilette sowie die Scheibe der Eingangstür zur Wirtschaft zertrümmert und sich dabei an der Hand erheblich verletzt. Einem 27 Jahre alten Arbeiter, der ihm die Hand verbinden wollte, hatte der Täter durch einen Schlag mit einem Weinglas auf den Handrücken zwei Sehnen der rechten Hand durchgeschnitten, so daß man den Verletzten nach dem Krankenhaus verbringen mußte. Der Täter hatte sich beim Erscheinen der Polizei schon entfernt. Er konnte jedoch vom Notruf am Streifenmannschaft festgenommen werden.

Am Samstag vormittag wurde der Polizei am Karlstor gemeldet, daß in einem Hause der Ritterstraße ein Mann überfallen worden sei. Die Feststellung ergab, daß der Betreffende, ein verheirateter Kaufmann, kurz zuvor von seinem Gärtner, einem Kaufmann aus der Pfalz, in seiner Wohnung mit einem harten Gegenstand mißhandelt worden war, so daß er am ganzen Kopf hart blutende Wunden davontrug. Auch war er kurze Zeit bewußlos. Der Täter war nach Verübung der Tat geflüchtet.

In der Nacht zum Sonntag schlug ein verheirateter Reisender in einer Wirtschaft am Alten Bahnhof einen verheirateten Reserveleutnantsführer von hier mit einer schweren Stablatrute ein erhebliches Loch in den Kopf.

In Darlanden wurde am Samstag nachmittag ein Landwirt von keinem Sohn im Streit tödlich mißhandelt, wobei er am Hals und an den Händen Verletzungen erlitt.

Wegen großen Unfalls oder Ruhestörung
Angeklagt über Sonntag zahlreiche Personen zur Anzeile. In mehreren Fällen mußten die Täter vorübergehend festgenommen werden.

Schlägereien
Ein Austräger der nationalsozialistischen Zeitung der Führer wurde nach seiner Angabe in den frühen Morgenstunden des Sonntag in Darlanden von mehreren jungen Leuten (vermutlich Kommunisten) überfallen und mit Stöcken blutig geschlagen.

In einem anderen Fall wurde in der Markgrafenstraße am Sonntag gegen 17 Uhr einem jungen Mann angeblich von einem ihm unbekanntem Nationalsozialisten ohne Grund mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Die polizeilichen Ermittlungen nach den Tätern sind in beiden Fällen eingeleitet.

Wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt
Angeklagt ein verheirateter 38 Jahre alter Hilfsarbeiter zur Anzeile, weil er seine Festnahme dadurch zu verhindern suchte, daß er mit einem Fahrrad am sich schlug. Erst mit Hilfe des Notrufs gelang es den Tätern zur Wache zu bringen.

Nazi-Geschwätz

Es lebe die Naivität

So hätten eigentlich die Nazi über ihre letzte Festballenversammlung schreiben müssen, in welcher ein ehemaliger Militär über das Thema: „Droht Weltkrieg?“ sprach. Trotzdem alle Welt weiß und durch jedermann zugänglichem Material belegt ist, daß die Dolchstoßlegende eine der erbärmlichsten Lügen ist, die je erdacht wurden, bringt es immer wieder ein Halbgoß derjenigen, die nicht alle werden, fertig, diese Dolchstoßlegende an eine gläubige Herde zu bringen. Also auch Herr Ahlemann wieder bei den Nazi. Dieser Herr hat aus jenen Jahren des Zusammenbruchs alles vergessen und nichts hinzulernt. Nur eines hat er behalten und immer wieder in der Schule des großen Adolf trainiert, ein gutes Mundwerk, das vom Papa Staat wahrheitsförmlich trotz täglicher Schmähreden gegen ihn, anständig bezahlt wird. Mit diesem Sprachapparat will Herr Ahlemann auch wieder zu Ruhm und Ehre kommen. Er hat einmal etwas über K. Marx gelesen und glaubt sich deshalb gleich berechtigt, über dessen Leben zu dosieren. Es geht ihm dabei wie einem Erstklässler, der wohl einige Buchstaben aber noch keine Worte schreiben kann. Er leuanet den Konzentrationsprozeß des Kapitals, die Großmacht Finanzkapital. Jeder Herinasbündler, und solche hat es viele bei den Nazi, könnte ihm da ein anderes Vieb singen. Doch diese haben scheinbar noch nicht gemerkt, daß sie nur die Handlanger der allmächtigen Spindlats usw. sind. Wie könnten sie sonst solch kindlichen Redensarten des Herrn Ahlemann Glauben schenken. Aber Herr Ahlemann hat noch viele tolle Dinnas erzählt. Je kindlicher und unwahrscheinlicher sie jedem politisch geschulten Menschen erscheinen, desto eher werden sie von der Nazigemeinde als Evangelium heißen Versens aufgenommen. Die soziale Frage könne nicht international, sondern nur deutsch und national gelöst werden. Wahrheitsförmlich auf dem Exersierplatz. Herr Ahlemann redet sich ein, daß man mit der SA, die ganze Arbeiterbewegung niederrücken könne. In seinem Interesse wollen wir hoffen, daß nicht eines Tages Arbeiterfrüchte bewiesen, daß sie härter sind als Früchtchen von Ebbnen des Mittelstandes, die bisher nur Feder und Bleistift, oder als Studios manchmal Bieralcker schwanden. Mit Ludendorff und seinen Gedanken zu einem neuen Weltkrieg ist Herr Ahlemann nicht einverstanden. Ludendorff sei vielleicht Geist unterlegen!

Es droht kein Weltkrieg! Der Erbfeind kann keinen großen Godtsch nicht in Kriegsgefahr bringen. Für Deutschland lehnt Herr Ahlemann übrigens die Godtschätzung ab. Er hat sich von Volkswirtschaftlern, die wahrheitsförmlich ebenso naiv oder verbrecherisch denken wie er, davon überzeugen lassen, daß wir auch ohne diese auskommen. Es droht in der Hauptsache deshalb kein Weltkrieg, weil Deutschland einen Adolf Hitler hat. Adolf wird bald zur Macht kommen. Zu ihm werde die Welt mehr Vertrauen haben, wie zu einem marxistisch registrierten Deutschland. Adolf wird Deutschland wieder hinständig machen! Die eigentlichen Kriegenscheiter in Frankreich sind Juden. Nicht das spanische Volk, sondern diese französischen Juden haben in Spanien die Republik errichtet. Warum? Weil man für Frankreich einen Landweg zu Truppentransporten aus Afrika braucht, da der Seeweg von Italien und England bedroht wäre. Spanien könne einmal Kriegsschauplatz deshalb werden. Dies haben dann die armen Spanier nur den Juden zu verbanken. Im Osten steht Rußland Tag und Nacht bereit, die östlichen unter der Führung Frankreichs stehenden Staaten von einem Angriff auf Deutschland abzuhalten. Sollte es trotzdem jemand wagen, ein Deutschland des Adolf Hitler auszureißen, so würden uns sofort Tausende von italienischen Balonnetten bed. Ungefahr so wie anlässlich des letzten Krieges! Und weil so kein Weltkrieg droht, so heißt es in diesem Märchen von Ahlemann weiter, wird dann Adolf das erlösende Klein gegen Reparationen usw. aussprechen. Dann wird alles wieder auf sein. In Deutschland wird eine wirtschaftliche und geistige Autarkie geschaffen, in der es viel Humor

gibt. Prinz Kumi wird mit dem schlichten Arbeiterlohn den Spaten zur Hand nehmen und deutschem Boden zu Leibe rücken. Adolf wird eine neue große Zeit über Deutschland bringen. Nach den Schilberungen der Nazihelden wird sie verfluchte Keimlichkeit haben mit den Zeiten Wilhelm II., der Herr ist bei uns und sein Antik wird leuchten aber uns in Ewigkeit!

Herr Ahlemann hat wie ein Briefler zum Schluss gesprochen. Der Simplichismus, den Herr Ahlemann so furchtbar hakt, hätte eine tödliche Fundgrube in dieser Versammlung ausheben können.

Allerweltpolitiker Dreher in Bulach

Der Stadtteil Bulach hatte das hohe Glück, den Diktator Dreher in einer Versammlung zu hören. Und Herr Dreher verstand es aus dem ff, die übliche Naziwaise abzuletern. Von wirklicher Politik hörte man zwar nichts, aber desto mehr ist Herr Dreher der reinste Abblet in der Beschimpfung des Gegners. Sein albernes Geschwätz erregte allerdings nur Mitleid bei alle denjenigen, die von gesundem Menschenverstand noch nicht verlassen sind. Daß die Nazi Anhänger ihm Beifall sollten, ist nicht verwunderlich, denn politisches Denken war noch nie deren starke Seite. Herr Dreher ist auch, wie er in seiner „Rebe“ öfters bewies, ein sehr guter Spasmacher, wenn auch nicht freiwillig, dann eben unfreiwillig. Er erlaubte sich sogar den Wit, daß die Nazis diejenigen seien, die sich an die Weimarer Verfassung halten und die sie anerkennen! Allerdings hat er diesen unfreiwilligen Wit wieder dadurch beinträchtigt, indem er meinte, daß die Demokratie eine Herrschaft der Dummheit sei. Er hat sich hier offenbar verprochen, denn er wollte doch laien, daß die Demokratie eine staatliche Einrichtung gegen politische Verunstaltung und Verblödung ist, wie sie bei den Nazis so stark in Erscheinung tritt.

Auf die „SPD-Bonsen“ ist er recht schlecht zu sprechen und vor lauter SPD-Bonsen verläßt er sogar die Bonsen in seinem eigenen Lager. Katifisch muß auch unser Genosse Kemme herhalten. Das gehört zum Geschäft bei den Nazis und wenn ein Nazi-agitator dieser hochheiligen Pflicht nicht nachkommt, dann lauzt er nichts. Und daß Herr Dreher etwas lauzen will, das bewies er mit der Behauptung, daß Genosse Kemme sich während seiner Ministerstätigkeit ein Vermögen angeeignet habe, wie es früher kaum ein Fürst gehabt hätte. Armer Herr Dreher! Ihnen gebührt aufrichtiges Mitleid, das unsere haben Sie bestimmt. Selbst wenn man nämlich das Gesamteinkommen des Genossen Kemme während seiner Ministerstätigkeit zusammennählt, so wäre dies nicht nur weit entfernt von einem fürstlichen Vermögen, sondern würde nicht einmal die Summe ausmachen, die die Nazis von ihren fürstlichen Gönnern einheimsen. Dreher meinte noch, daß die Führer der Nazi genau darben würden, wie ihre Volksgenossen. Vielleicht teilt uns der geschwätzig Herr Dreher mit, in welcher Volksküche Adolf der Große seinen Sundaer gestillt hat, seitdem er der alderdurchlauchtigste Nazi fürst ist. Wir wissen nur von ihm, daß er bei Großindustriellen und sonstigen Kapitalkrönigen sich schon satt gegessen hat. Wasseruppe hat es dabei sicherlich nicht gegeben. Genosse Marum kann natürlich auch noch an die Reihe; denn dies gehört ebenfalls zum geistigen Bestand eines würdigen Nazihelden. Von ihm wußte Herr Dreher die weltbewegende Mitteilung zu machen, daß Genosse Marum ein Viertel Wein für RM. 1.— getrunken habe. Wo und wann dies geschehen, darüber schweigt sich allerdings Herr Dreher aus. Man muß sich wirklich wundern, daß selbst ein Nazi-agitator mit einem solchen Altwiebergeschwätz sich überbaupt beschäftigt. Aber: Großes Maul, kleines Hirn!

Die Versammlung bewies, welche Dede und Habsheit in der Nazi-politik steckt und einer der Versammlungsbefucher hatte schon recht, der nach der Versammlung meinte: Einen größeren politischen Unfuh habe ich mein Leben lang noch nie gehört!

Notguchterstuch

Am Freitag früh wurde eine 48 Jahre alte verheiratete Frau auf dem Weg zur Kirche in der Hochstraße von einem jungen Manne, der sich von hinten an sie herangelehrt hatte, angefallen. Der Täter verurteilte die Frau zu verewaltigen, ließ aber auf deren tätige Gegenwehr hin ab und ging flüchtig.

Selbsttötungsversuch

Am Samstagabend wurde die Polizei zu einer eheförmlichen Auseinandersetzung nach einer Wohnung in der Seitenstraße gerufen. Während der Anwesenheit des Beamten verurteilte sich der Ehemann mit einem Taschenmesser die Pulsader durchzuschneiden. In erheblicher verletztem Zustand mußte er ins Städt. Krankenhaus verbracht werden.

Altkleider- usw. -Sammlung für die Notgemeinschaft

Auch der zweite Sammler der Karlsruher Notgemeinschaft an gebrauchten Kleidungsstücken, Wäsche, Schuhzeug, Bettzeug und Hausrat ist zur vollen Zufriedenheit verlaufen. Das Zentrallager füllt sich zusehends, so daß die Räume, wenn das Sammelergebnis in gleich gutem Maße anhäuft, bald nicht mehr ausreichen werden. Allerdings sollen die gepeinigten Waren nicht lange aufgestapelt werden, sondern es wird schon Anfang Dezember, nachdem die Sortierung und Einordnung des ersten Teils der Spenden stattgefunden hat, mit der Ausgabe an die Bedürftigen begonnen werden.

Heute Montag, den 23. November, werden die Sammelkolonnen der Notgemeinschaft in folgenden Stadtteilen tätig sein: Die Kolonne 1 zwischen Karlstraße, Seminarstraße, Poststraße, Westendstraße und Kaiserstraße, die Kolonne 2 zwischen Karl-Wilhelmstraße, Tullastraße und Durlacher Allee.

(.) Der neue Bezirksarzt, Obermedizinalrat Dr. Otto Schmecher ist mit Wirkung vom 1. Dezember d. J. zum Bezirksarzt der Bezirksarztstelle I in Karlsruhe ernannt worden. Der bisherige Stelleninhaber, Bezirksarzt Dr. Schönig, ist infolge Erreichung der Altersgrenze in den Ruhestand getreten. Der neue Bezirksarzt für Karlsruhe I war bisher Obermedizinalrat im Ministerium des Innern.

(.) Deutsche Michelin-Pneumatik-WG. Karlsruhe. Aus den Handwerkskammereinträgen geht hervor, daß die Deutsche Michelin-Pneumatik-WG. nunmehr ihren Sitz von Mainz nach Karlsruhe verlegt hat. Gegenstand des Unternehmens, dessen Kapital 4,4 Millionen Reichsmark beträgt, ist die Herstellung von Gummi und Kaufgummi jeder Art, sowie von entsprechenden Waren, insbesondere von Pneumatiks usw., nach dem Michelinischen Verfahren.

Deutscher Freidenkerverband, Ortsgruppe Karlsruhe. (Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung.) Am Mittwoch, 25. November, abends 8 Uhr, im Saale des „Elefanten“ öffentliche Versammlung. Referent ist der weit über Thüringen hinaus bekannte Lehrgangsgenosse und Landtagsabgeordnete Erich Mäder, Altmünster, der über das im Hinblick auf die Hessenwahlen hochaktuelle Thema: „Die Freidenker im Kampf gegen den Faschismus“ sprechen wird. Alle Mitglieder der freien Gewerkschaften, der Sozialdemokratischen Partei, der Arbeiter-Sport- und Gesangsvereine sind besonders eingeladen.

Lichtspielhäuser

„Reif“ Waldstraße 30

Ab heute Montag gelangt bei schon lange Zeit angefordigte und mit großer Spannung erwartete zweite Joe May-Großfilm... und das ist die Hauptsache“ zur Karlsruher Premiere. Die bisherige Ersolge dieses letzten Filmwertes lassen auf eine außerordentliche Qualität schließen. Die Besetzung dieses Films bringt eine Reihe interessanter Namen: Nora Gregor, der berühmte Star der Max Reinhardt-Bühnen, die durch einen langfristigen Kontrakt an Hollywood gebunden ist und hier zum ersten Male im deutschen Tonfilm erscheint, Ursula Grableh, eine entzückende Neuentdeckung des Weltkinotheaters Joe May, Harry Hecht, seit langer Zeit zum ersten Mal in einer interessanten Rolle; ferner der unverwundliche Edo Gajdo, Jakob Diebitz, Julius Falkenstein, Ferdinand Hart, Fritz Demar und der neue Kinderstar Hans Bernauer. Die originale Handlung spielt sich im Laufe einer Ballnacht (daher der Untertitel „Eine Ballnacht“) ab. Wie uns die Direktion Kalper mitteilt, ist das Interesse an dem Film außerordentlich groß, so daß es sich empfiehlt, die Karten für die Abendvorstellungen im Vorverkauf ab 3.00 Uhr nachmittags an der Kassa zu lösen. Alle Vorstellungen sind in den ersten Tagen ausverkauft.

Tageskalender
der Sozialdemokratischen Partei Karlsruhe

Bezirk Oststadt

Am Freitag, 27. November, abends halb 8 Uhr, findet im „Bernhardshof“ eine Bezirksversammlung statt, in der Genosse Töpfer über „Notverordnung und neue Steuern“ sprechen wird. Angehts des aktuellen Themas und des gründlich den Stoff beherrschenden Referenten darf vollständiges Erscheinen der Parteimitglieder erwartet werden.

Schönheit verpflichtet. Wer schön ist, muß erst recht darauf sehen, daß er durch regelmäßigen Gebrauch der Chlorodont-Zahnpaste schöne weiße Zähne erhält. Halten Sie sich vor billige, minderwertige Zahnpasten.

